

Krieg in der Ukraine

«Die wertefreie Globalisierung ist

Der Westen müsse Wirtschaft und Werte wieder verbinden, findet Mitte-Präsident Gerhard Pfister. Nur so können Demokratien ihre Attraktivität steigern.

Interview: Othmar von Matt

Russland führt seit einem Monat Krieg in der Ukraine. Hätten Sie je gedacht, dass es so weit kommt?

Gerhard Pfister: Mir kam in den letzten Tagen Max Frisch und sein Drama «Biedermann und die Brandstifter» in den Sinn. Die beste Tarnung ist die unmittelbare Wahrheit, heisst es darin. Die glaubt nämlich niemand.

Man hätte also wissen können, was Putin vorhat – auch Sie?

Hätte man Putin beim Wort genommen, wäre dieser Krieg zwar noch immer unvorstellbar gewesen, aber ganz bestimmt nicht unangekündigt. Putin sprach gewissen Staaten seit Jahren die Existenzberechtigung ab – oder zweifelte sie an. Auch die Ereignisse in Georgien und die Rhetorik beim Überfall auf die Krim und den Donbass zeigen: Alles lag eigentlich offen da.

Weshalb sah das der Westen trotzdem nicht kommen?

Man gab sich Illusionen hin. Man hörte, was man hören wollte: Dass von Putin keine Gefahr ausgeht. Man nahm auch die ehemaligen Sowjet-Staaten nicht zur Kenntnis, die heute in der EU sind und vor Russland warnten. Sie haben alle ihre historischen Erfahrungen. Eine litauische Abgeordnete sagte mir schon vor Jahren: «Wissen Sie, wer einmal die Tatze des russischen Bären gespürt hat, weiss, was das bedeutet.» Diese Staaten hatten einen realistischen, desillusionierten Blick auf Russland und Putin.

Der Krieg in der Ukraine ist eine Zäsur. Was bedeutet sie?

Die Rückkehr der Geschichte.

Politikwissenschaftler Francis Fukuyama rief 1989 noch das «Ende der Geschichte» aus.

Genau. Die Demokratie – oder besser gesagt: Der Kapitalismus – gewann mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion den Wettlauf gegen den Kommunismus. Der Westen setzte auf eine globalisierte Welt mit marktwirtschaftlicher Ordnung und glaubte, das Dogma «Wandel durch Handel» bringe die westlichen Werte überall hin und implementiere Demokratien nur schon alleine dadurch, dass man miteinander Geschäfte macht. Der Überfall Russlands auf die Ukraine hat dieses Dogma brutalst widerlegt. Die Mitte warnt schon seit Jahren vor diesem naiven Liberalismus, nicht zuletzt auch gegenüber China.

Was heisst das für die Zukunft?

Als der Unternehmer Michail Chodorowski nach ein paar Jahren in russischen Gefängnissen freigelassen wurde, sagte er: «Es war ein strategischer Fehler, westlicher Institutionen zu glauben, sie könnten ohne Werte leben, ohne Grundsätze.» Der Westen muss tatsächlich realisieren, dass sein Wirtschaftsmodell und seine Werte zusammenhängen. Die wertefreie Globalisierung ist zu Ende. Will der Westen wirtschaftlich prosperieren und Sicherheit haben, muss er seine Werte wieder in den Vordergrund stellen.

Von welchen Werten sprechen Sie?
Lesen Sie zum Beispiel die ersten Arti-

kel unserer Bundesverfassung. Es geht um Demokratie und Rechtsstaat, um Freiheit und Menschenrechte, aber auch um Solidarität und Chancengerechtigkeit. Es sind diese Werte, die den Westen und seine Gesellschaften attraktiver machen als jede andere Staatsform. Dass unsere westliche Form des Zusammenlebens bedroht ist und angegriffen wird, mussten wir schon bei 9/11 und den islamistischen Attentaten in Europa und den USA erfahren. Nun kommt der Überfall Russlands auf ein europäisches Land dazu. Es macht keinen Unterschied, woher der Angriff auf unsere Gesellschaft kommt. Der Westen kann nicht einfach nur eine wertefreie Businessplattform sein für alle. Die Ukrainer zeigen uns gerade eindrücklich die Bedeutung der westlichen Werte: Sie kämpfen mit ihrem Leben für die Ideale, die wir in den letzten Jahren etwas zu sorglos als selbstverständlich gegeben erachteten. Sie wissen, was es bedeutet, wenn diese Werte nicht mehr gelten. Sie hatten es über Jahrzehnte hinweg erlebt.

Wenn der Westen nicht mehr einfach Businessplattform sein kann, dann hat Zug ein Problem.

Die Attraktivität der Schweiz und die Attraktivität von Zug besteht gerade in ihren «Standortqualitäten» in einem auch wertebestimmten Sinn. Wenn ich Vertreter von neu zugezogenen Unternehmen kennen lernte, sagte ich ihnen gerne: «Willkommen. Das ist ein fantastischer Platz, um Geschäfte zu machen. Er hat alle Voraussetzungen, die Sie brauchen. Und seien Sie sich bewusst: Unsere direkte Demokratie ist ein wesentlicher Standortfaktor. Das Volk reagiert bei uns auf Missstände schneller als in einer parlamentarischen Demokratie.» Die direkte Demokratie schützt die westlichen Werte und ist darum zentral für die Attraktivität der Schweiz.

Nur: Zug kennt Steuerprivilegien für Unternehmen.

Diese Ausnahmeregelungen habe ich immer kritisch beurteilt. Für mich muss der Kanton Zug tiefe Steuern für alle bieten – wirklich für alle. Wem die sowieso schon und zu Recht tiefen Steuern in Zug nicht tief genug sind, der darf sich ruhig anderswo umsehen. Ich war auch dagegen aus, als die Zuger Regierung reiche Leute erleichtert einbürgern wollte. Wer sich einbürgern lassen will, von dem fordert unser Gesetz eine gewisse Sprachkompetenz in einer Landessprache. Das gilt auch für reiche Leute. Die allermeisten Akteure in Zug schätzen diese Regeln und halten sie auch ein. Oft sind sie gerade deshalb hier, weil diese Werte und Regeln in ihrem Heimatland nicht gelten. Werden die Regeln verletzt, liegt es im Interesse von allen, dagegen vorzugehen.

Russland verletzt sie auf eklatante Art. Und Zug ist ein Mekka für russische Geschäftsleute.

Für mich als Zuger war es gerade deshalb schneller evident, dass die Schweiz bei den Sanktionen mitmachen muss. Das war mir gleich am Donnerstagmorgen des 24. Februar klar. Ich kenne die Bedeutung von Zug beim Rohstoffhandel und bei den Finanztransaktionen für Russland und seine Elite. Wir müssen zum Rechten schauen, wenn aus



«Wirtschaftlich könnten schwere Zeiten zukommen auf die Menschen in der Schweiz», sagt Mitte-Präsident Gerhard Pfister. Er

«Es geht um Demokratie und Rechtsstaat, um Freiheit und Menschenrechte, aber auch um Solidarität und Chancengerechtigkeit.»

der Schweiz heraus ein Krieg finanziert wird. Das geht nicht.

Das sehen in Zug nicht alle so. SVP-Regierungsrat Heinz Tännler will mit Kontrollen abwarten.

Auch der Kanton Zug ist verpflichtet, geltende Sanktionen umzusetzen. Auf dem Rechtsstaat und der Durchsetzung seiner Regeln basiert der wirtschaftliche Erfolg der Schweiz. Die westliche Gesellschaft zeichnet sich eben gerade

dadurch aus, dass sie Wirtschaft und Werte verbindet. Das müssen wir verteidigen. In den letzten 20 Jahren kopierten Regierungen öfters das marktwirtschaftliche Modell, ohne die demokratischen Werte zu übernehmen.

Sie denken an China?

Ja. Aber auch an Russland und südamerikanische Staaten. Punkto Rechtsstaat, Menschenrechte aber auch Wertschöpfung sind sie längst nicht so attraktive Gesellschaftsmodelle wie der Westen.

Besteht die Gefahr, dass China sich Taiwan einverleibt, sollte Russlands Invasion erfolgreich sein?

Die chinesische Regierung schaute genau hin, als die Sowjetunion zusammenbrach. Sie war entsetzt, wie Michail Gorbatschow sein grosses Reich aufgab. Daraus zog China die Schlussfolgerung, das dürfe auf seinem Gebiet nie passieren. Ich gehe davon aus, dass China jetzt sehr genau hinschaut, wie der Westen auf die Invasion der Ukraine reagiert. Sollte Russlands Krieg zum Erfolg werden, erhöht dies meines Erachtens das Risiko für Taiwan. Entscheidend wird sein, dass sich die Demokratien in Europa und Asien nicht auseinanderdividieren lassen.

Was bedeutet der Krieg sicherheitspolitisch für die Schweiz?

Dass SVP und FDP sofort zwei Milliarden Franken zusätzlich fordern für die Armee, ist zwar verständlich. Für Die Mitte ist entscheidend, wofür und in welchen Etappen das Geld eingesetzt werden kann. Klar ist hingegen: Die Diskussion um die Kampffjets F-35 hat sich verändert. In der Ukraine hat sich inzwischen gezeigt, wie wichtig ein geschützter Luftraum ist. Zudem könnte sich die Diskussion darüber verändern, wie die Kampffjets eingesetzt werden sollen.

Wie meinen Sie das?

Im Ernstfall wird die Schweiz von der Nato und vom Westen mitgeschützt – weil wir mitten in Europa liegen. Damit ist klar, dass die Schweiz sich überlegen muss, worin ihr Beitrag im Ernstfall liegen kann.

Denken Sie an einen Nato-Beitritt?

Einen Nato-Beitritt schliesse ich aus. Für die Schweiz wird sich aber die Frage stellen: Was ist der Beitrag der neutralen Schweiz bei einem Verteidigungsfall in Europa?

Was kann er sein?

Wir müssen darüber nachdenken, wie die neutrale Schweiz beispielsweise ihre Kampffjets in die Verteidigungsstrategie von Europa und der Schweiz einbringen könnte.

zu Ende»



erwartet, dass sich der Bundesrat darauf vorbereitet.

Bild: Annette Boutellier

Schweizer Kampffjets sollen in Europa Angreifer bekämpfen?

Nein, auf keinen Fall. Aber ich könnte mir vorstellen, dass sie einen Beitrag zu Luftüberwachungsaufgaben im Verbund leisten könnten.

Gäbe die Schweiz damit nicht ihre Neutralität auf?

Bei einem Angriff auf Europa und damit auch auf die Schweiz, muss eine neutrale Schweiz sich selbstverständlich verteidigen. Und es ist eine Illusion zu glauben, sie könne sich erst verteidigen, wenn feindliche Truppen die Schweizer Grenze überschreiten. Deshalb macht es Sinn, wenn wir über koordinierte Verbundaufgaben jetzt nachdenken.

Wie stellen Sie sich das praktisch vor? Soll sich die Schweiz am EU-Militärprojekt Pesco beteiligen, das für freiwillige Kooperation steht? Verteidigungsministerin Viola Amherd hat Interesse signalisiert.

Bundesrätin Amherd übernimmt ihre Verantwortung als Verteidigungsministerin, wenn sie solche Kooperationen prüft. Der Westen und Europa werden sich ohnehin strategische Überlegungen machen müssen für den Verteidigungsfall. Man muss schon wissen: Kiew ist von Bern weniger weit weg als Sevilla. Der Krieg ist nur noch Län-

«Krisen sind seit der Pandemie nicht mehr so höflich, einen Umweg um die Schweiz zu machen.»

der von uns entfernt.

Welche Bedrohungen sehen Sie noch für die Schweiz?

Wirtschaftlich könnten schwere Zeiten zukommen auf die Menschen in der Schweiz. Es gibt zwei Herausforderungen. Einerseits kann es Probleme geben wegen Verwerfungen in der Weltwirtschaft. Ich denke beispielsweise an den Unterbruch von Lieferketten, den Ausfall der Getreidekammer Ukraine und deren Folgen insbesondere für die Menschen im Süden oder an Inflation.

Andererseits könnten auch die Sanktionen negative Folgen haben für die Schweizer Bevölkerung.

Joachim Gauck, ehemaliger deutscher Bundespräsident, sagte, der Westen müsse frieren für die Freiheit.

Es gibt im Moment Anzeichen dafür, dass wir in die 1970er-Jahre zurückkehren – mit hoher Inflation, Öl- und Rohstoffknappheit. Das könnte Folgen haben für den Mittelstand, ärmere Familien und für Rentnerinnen und Rentner. Die Rente und auch der Lohn werden automatisch weniger wert. Kommt noch eine Stagflation dazu – hohe Inflation ohne Wirtschaftswachstum – werden die sozialen Verwerfungen in der Schweiz unter Umständen sehr gross.

Denken Sie etwa an eine Verarmung von Rentnerinnen und Rentnern?

Dieses Risiko gibt es tatsächlich. Meine Partei erwartet jetzt vom Bundesrat, dass er Massnahmen vorbereitet für den Fall, dass es so weit kommt. Möglicherweise geht es um die grössere Herausforderung als während der Pandemie. Und da schnürte der Bundesrat zu Recht mehrere Hilfspakete.

Der Bundesrat scheint den Ernst der Lage mit der Invasion der Ukraine unterschätzt zu haben. Weshalb?

Die Landesregierung wäre gut beraten, wenn sie sich vertieft Gedanken machen würde, ob ihre Regierungsgepflogenheiten und Abläufe noch zeitgemäss sind in ausserordentlichen Lagen. Ein Krieg lässt sich nicht mehr departementsweise mit Mitberichten, Ämterkonsultationen und protokollarischen Engnissen bewältigen. Das war schon bei der Pandemie ein Problem.

Wo sehen Sie Verbesserungspotenzial?

Der Bundesrat sollte in einer solchen Situation einen permanenten Krisenstab einrichten – mit einem Ausschuss aus dem Bundesrat, Vertretungen der Kantone und ausgewiesenen Fachspezialistinnen und -spezialisten. Dieser müsste sich regelmässig treffen und zum Beispiel auch direkt Anträge an den Bundesrat stellen. Es sind unverstehliche Signale, wenn ein Bundesrat am Tag des Kriegsausbruchs im Fernsehen sagt, Sergej Lawrow sei halt ein ausgezeichnete Aussenminister für Russland – und der Bundesrat sei ratlos.

Das war Ueli Maurer.

Krisen sind seit der Pandemie nicht mehr so höflich, einen Umweg um die Schweiz zu machen. Uns fehlt aber die Krisenerfahrung. Meine italienischen und deutschen Verwandten reagierten anders auf die Pandemie als ich. Sie realisierten sofort: Das ist ernst. Dennoch war es imponierend, wie die Schweizer Bevölkerung in der Pandemie solidarisch zusammenstand und wie für sie auch jetzt diskussionslos klar ist: Wir unterstützen die Ukrainerinnen und Ukrainer in ihrem Kampf für die Freiheit.

Der grosse Teil der Bevölkerung spielte in den letzten zwei Jahren eine sehr gute Rolle.

Ich stelle einfach fest: Das Volk war in der Pandemie wie im Ukraine-Krieg reifer als Teile der politischen Elite. Der Bevölkerung war nach dem Einmarsch der Russen sofort klar: Sie muss helfen. Die Regierung brauchte dafür ein paar Tage.



US-Präsident Joe Biden, 79, hielt am Samstag in Warschau eine knapp 30-minütige Rede.
Bild: Keystone

Will Biden Putin aus dem Amt entfernen?

Rede des US-Präsidenten sorgt für Aufruhr.

Renzo Ruf, Washington

In Washington zirkuliert das Bonmot: Eine verbale Entgleisung ist, wenn ein Politiker wider Erwarten die Wahrheit sagt. Die kräftigen Dementis, mit denen das Weisse Haus am Wochenende zurückruderte, nachdem Präsident Joe Biden am Samstag in Warschau mehr oder weniger direkt den Sturz von Wladimir Putin gefordert hatte, können deshalb getrost ignoriert werden. Biden meinte, was er sagte, als er am Ende seiner Grundsatzrede in Warschau mit Blick auf Wladimir Putin erklärte: «Dieser Mann kann nicht an der Macht bleiben.»

Und eigentlich ist diese Aussage nur folgerichtig. Biden hat seinen russischen Amtskollegen seit dem Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine wechselweise als Mörder, Diktator, Schlächter, Schurke und Kriegsverbrecher bezeichnet.

Die Forderung nach «Regime Change» steht den bisherigen Aussagen Bidens im Ukraine-Krieg allerdings diametral gegenüber. Der amerikanische

Präsident betonte zuletzt stets, dass Amerika keine direkte Konfrontation mit Russland suche. So sperrte sich Biden gegen den Transfer polnischer Kampfflugzeuge via Deutschland in die Ukraine – aus Angst, dass der Kreml ein solches Manöver als Kriegserklärung Washingtons auffassen könnte.

Für Moskau war die Aussage des US-Präsidenten ein gefundenes Fressen. Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sagte noch am Samstag: «Es ist nicht am US-Präsidenten und nicht an den Amerikanern, zu entscheiden, wer in Russland an der Macht bleiben wird.»

Biden wiederum schickte einen Berater vor, der seine Brandrede etwas abschwächte. Ähnlich klang am Sonntag der amerikanische Aussenminister Antony Blinken, der sich nun im Nahen Osten aufhält. Blinken bekräftigte, dass Washington nicht das Ziel verfolge, die Regierung Russlands (oder eines anderen Staates) zu stürzen. Dies sei Sache der Menschen des entsprechenden Landes, sagte Blinken.

Tschernihiw droht dasselbe Schicksal wie Mariupol

Hunderttausende sind ohne Zugang zu Wasser.

Die russischen Angreifer in der Ukraine versuchen sich, nach ukrainischer Beobachtung, wegen ihrer schweren Verluste umzugruppieren. Deshalb seien auch viele russischen Verbände in Belarus in Bewegung, teilte der ukrainische Generalstab in seinem Bericht für Sonntagmittag mit. Ziel sei, geschrumpfte Verbände abzulösen, Nachschub an Lebensmitteln, Treibstoff und Munition zu liefern sowie verwundete und kranke Soldaten abzutransportieren. Die Angaben liessen sich zunächst nicht unabhängig überprüfen.

Zugleich hiess es: «Der Feind setzt seine umfassende bewaffnete Aggression gegen die Ukraine fort.» Russische Truppen versuchten weiter, die Stadt Tschernihiw im Norden einzunehmen. In der Stadt nahe der russischen und weissrussischen Grenze leben rund

285 000 Menschen. Sie sind seit Tagen von Wasser und Strom abgeschnitten. Der Stadt droht ein ähnliches Schicksal wie der fast komplett zerstörten Küstenmetropole Mariupol.

Im Südosten dauerten die heftigen Kämpfe um die Städte Rubischne, Sjewjerodonezk und Mariupol an. Der ukrainische Generalstab bestätigte aber die am Samstag gemeldete Rückeroberung des wichtigen Ortes Trostjanetz bei der nordostukrainischen Stadt Sumy.

Derweil drängte die Ukraine den Westen erneut zur Lieferung von Panzern und Flugzeugen für den Kampf gegen immer neue russische Angriffe. Präsident Wolodimir Selenski bekräftigte in der Nacht zum Sonntag die alte Forderung, die die Nato bisher aus Furcht vor der Verwicklung in den Krieg ablehnt. (dpa)